



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Arbeitsbedingungen und Gewerkschaften.....	7
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen mit der Türkei	9
	Innenpolitische Entwicklungen	10
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Im Januar fand die erste Runde der Genfer Gespräche statt, nachdem die beiden Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades eine Wiederaufnahme der Gespräche am 1. Dezember vereinbart hatten.

In der ersten Phase vom 9. – 11. Januar lag der Fokus auf allen noch ausstehenden innenpolitischen Fragen, d.h. Eigentum, Governance, Wirtschaft, EU, die Finanzierung einer Lösung und Gebietsanpassungen. Der erste Tag in Genf konzentrierte sich auf Eigentumsfragen und beinhaltete ein kurzes Brainstorming hinsichtlich der Themen Sicherheit und Garantie. Am 10. Januar konzentrierten sich die Gespräche auf das Thema Governance und vor allem auf die Kompetenzen der Bundesregierung. Es konnten einige Fortschritte in diesem Zusammenhang erreicht werden. Am letzten Tag der innerzypriotischen Gespräche wurden die Themen EU, Finanzierung und Umsetzung einer möglichen Lösung sowie Wirtschaft und Governance besprochen. Der Tag endete mit einer Einigung über den Modus von Verfassungsänderungen. Es besteht jedoch weiterhin Uneinigkeit hinsichtlich der rotierenden Präsidentschaft und der türkisch-zypriotischen Forderung, die umfasst, dass türkische Staatsbürger, die nach einer Lösung Zypern zu ihrer Heimat machen, die gleichen Rechte wie andere EU-Bürger bekommen sollen (Freizügigkeit, freier Verkehr von Kapital, Gütern und Dienstleistungen). Dies wurde jedoch von Seiten der EU und den griechischen Zyprioten abgelehnt. Die Gebietsanpassungen wurden ebenfalls diskutiert, nachdem die bei-

den Volksgruppenvertreter separate Karten mit den jeweiligen Vorstellungen über Gebietsanpassungen vorgelegt hatten. Die Fläche des türkisch-zypriotischen Teilstaates umfasst demnach zwischen 28,2% (auf der griechisch-zypriotischen Karte) und 29,2% (auf der türkisch-zypriotischen Karte). Die Vorlage der beiden Karten gilt schon jetzt als ein Meilenstein in der Geschichte des Zypernproblems und war die Bedingung für eine zweite Phase der Genfer Gespräche, welche in Form einer Zypern-Konferenz über Sicherheits- und Garantiefragen unter Teilnahme der drei Garantiemächte Griechenland, Türkei und Großbritannien stattfand.

Am 12. Januar begann die als historisch zu bezeichnende Konferenz unter dem Vorsitz des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres. Obwohl es zu keiner Einigung kam, beschlossen die Teilnehmer der Konferenz, dass die Gespräche vor einem weiteren Treffen auf politischer Ebene durch die entsprechenden Ausschüsse fortgeführt werden sollen. Die Teilnehmer waren die Außenminister der Türkei, Griechenlands und Großbritanniens, nämlich Mevlut Cavusoglu, Nicos Kotzias und Boris Johnson, sowie die beiden Volksgruppenvertreter Nicos Anastasiades und Mustafa Akinci sowie der Präsident der EU-Kommission Jean Claude Juncker, als Repräsentant der EU. Der griechische Außenminister Kotzias wurde für das vorzeitige Ende der Konferenz verantwortlich gemacht, da er während der noch laufenden Verhandlungen vor die Presse trat und die Fortsetzung der Konferenz auf einer technischen Ebene bekanntgab. Laut der dann von der UN veröffentlichten Erklärung hatten die Teilnehmer in der Tat der Gründung einer Arbeits-

gruppe zugestimmt. Die „Arbeitsgruppe für Sicherheits- und Garantiefragen“ sollte demnach ihre Arbeit am 18. Januar aufnehmen. Ihre Aufgabe ist es, die für diese Themenfeld relevanten offenen Fragen zu bestimmen, und die möglichen Lösungswege für die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme zu identifizieren. Nach Abschluss dieser Arbeiten könne die Zypern-Konferenz auf politischer Ebene fortgeführt werden, um die ausgearbeiteten Vorschläge zu debattieren. Gleichzeitig würden auf Zypern die Gespräche über noch ausstehende Fragen hinsichtlich der innenpolitischen Aspekte einer Lösung zwischen beiden Volkgruppenführern stattfinden. Die Erklärung betonte des Weiteren, dass die Gespräche ein Zeichen dafür seien, dass alle Seiten die Absicht hätten, eine Lösung zu finden, welche die Anliegen beider Volksgruppen berücksichtige. Die Teilnehmer würden außerdem berücksichtigen, dass die Sicherheit einer Seite nicht auf Kosten der anderen gewährleistet werden könne. Dennoch müssten die traditionellen Sicherheitsbedenken beider Seiten in Betracht gezogen und gleichzeitig ein gemeinsames Sicherheitskonzept für ein vereintes, föderales Zypern entwickelt werden. In diesem Zusammenhang erklärte Akinci in einem Interview mit dem Sender CNN Turk, dass er bereit sei, die Sicherheits- und Garantiestrukturen, welche in der Verfassung von 1960 festgelegt worden seien, der veränderten Situation von 2017 anzupassen. Eine zumutbare Anzahl türkischer Truppen solle jedoch auf der Insel verbleiben und außerdem eine Zahl von Gebieten an die griechisch-zypriotische Verwaltung zurückgegeben werden.

Zwischen dem 18. und 19. Januar fand im schweizerischen Mont Pelerin die zweite Sitzung der Zypern-Konferenz statt, an welcher die Abgesandten und Experten, wie zuvor vereinbart, teilnahmen. Die Arbeitsgruppe erfüllte die ihr gestellte Aufgabe die spezifischen Aspekte der Garantie- und Sicherheitsthematik aufzulisten sowie die notwendigen Instrumente für eine Lösung zu identifizieren. Die Teilnehmer einigten sich darauf, die Details der Gespräche nicht zu veröffentlichen, um den Fortgang der Verhandlungen nicht zu gefährden.

Am 26. Januar trafen sich Akinci und Anastasiades zum ersten Mal nach den Genfer Gesprächen und deren Fortsetzung in Mont Pelerin, um die Ergebnisse der Gespräche zu analysieren und die weitere Vorgehensweise für eine Fortführung der Verhandlungen hinsichtlich der innen- und außenpolitischer Fragen zu vereinbaren. Die beiden Volksgruppenvertreter planten ein erneutes Treffen für den 1. Februar.

Am 28. Januar trafen sich der türkische Präsident Recep Tayip Erdogan und die britische Premierministerin Theresa May zu Gesprächen in Ankara, welche sich auf die bilateralen Beziehungen der beiden Länder und das Zypernproblem konzentrierten. Die beiden Politiker tauschten sich auch über die Genfer Gespräche sowie Sicherheits- und Garantiefragen aus.

Laut der Cyprus News Agency plant die Europäische Kommission 3,1 Milliarden Euro im Falle einer Lösung der Zypernfrage zur Verfügung zu stellen. Kommissionspräsident Jean Claude Juncker teilte dies auf der Zypern-Konferenz in

Genf mit. Laut Juncker werde das Geld aus dem mehrjährigen Finanzrahmen stammen.

Am 8. Januar fand eine bi-kommunale Veranstaltung im Alten Markt im Norden Nikosias mit mehreren Tausend türkisch- und griechisch-zypriotischen Teilnehmern statt, um die Gespräche in Genf zu unterstützen. Die Veranstaltung wurde von verschiedenen Medien-Outlets wie Polits, Yeni Duzen und Kanal Sim organisiert. Eine weitere bi-kommunale Veranstaltung, welche die friedliche Koexistenz türkischer und griechischer Zyprioten fördern sollte, fand am 10. Januar in der Pufferzone von Nikosia statt. Die Veranstaltung war von insgesamt 130 Gewerkschaften, Organisationen und anderen Gruppen organisiert worden. Eine gewaltbereite Gruppe von maskierten und schwarz gekleideten griechischen Zyprioten beschimpfte und beleidigte die Teilnehmer. Daraufhin wurden Forderungen nach einer Untersuchung laut, warum die griechisch-zypriotische Polizei die ca. 20-köpfige Gruppe durchgelassen hatte. Die Gewerkschaft PEO, eine der Organisatoren, verurteilte das Vorgehen der Polizei in einem Brief an den Polizeipräsidenten und forderte eine umfassende Untersuchung des Vorgangs.

Am 26. Januar verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat der UN-Friedenstruppen in Zypern (UNFICYP) bis zum 31. Juli 2017 und begrüßte gleichzeitig die bis dato erreichten Fortschritte bei den unter der Leitung der beiden Volksgruppenvertreter durchgeführten Verhandlungen.

An dem zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen durchgeführte Austauschprogramm für

Praktikanten, welches von der griechisch-zypriotischen Handelskammer und ihrem türkisch-zypriotischen Pendant organisiert wird, nahmen bereits 40 Berufseinsteiger (24 in der ersten und 16 in der zweiten Runde) teil. Die Praktikanten verdienen 500 Euro im Monat und arbeiten für insgesamt drei Monate in einem Unternehmen oder einer Organisation auf der jeweils anderen Seite. Das Programm war 2015 von den beiden Volksgruppenvertretern als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen unterstützt worden mit dem Ziel, „jungen Zyprioten eine herausragende Arbeitserfahrung auf der jeweils anderen Seite zu ermöglichen, um den Teilnehmern wertvolle Fähigkeiten für ihre zukünftige Tätigkeit zu vermitteln und Arbeitsumfeld und –kultur der jeweils anderen Bevölkerungsgruppe zu erfahren.“ Das Programm ist Teil des durch die EU mitfinanzierten Projekts „Leading by Example“. Wie die Cyprus Mail berichtete, profitierten sowohl Praktikanten als auch Arbeitgeber von dem Programm.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ist bereit, möglicherweise für mehrere Jahre im Norden Zyperns zu investieren, falls eine Lösung zur Wiedervereinigung der Insel zustande kommt. Im Mai soll die Jahresversammlung der Bank in Zypern stattfinden, was darauf schließen lässt, dass das Thema auf der Tagesliste der teilnehmenden Finanzminister und Zentralbankpräsidenten stehen dürfte.

Das Nikosia Economic Forum, welches sich aus der türkisch-zypriotischen Handelskammer, der zypriotischen Industrie- und Handelskammer, der Union der türkischen Handelskammern und Warenbörsen und der Union der griechischen

Handels- und Industriekammern zusammensetzt, betonte, dass die „einzigartige Gelegenheit“ zur Lösung der Zypernfrage während der Genfer Gespräche genutzt werden müsse. Zahlreiche Studien zu den wirtschaftlichen Vorteilen einer Lösung zeigten, dass das wirtschaftliche Potential durch die Zusammenarbeit aller beteiligten Länder in der gesamten Region gefördert werde. Außerdem werde laut einer gemeinsam verfassten Erklärung eine funktionsfähige und tragfähige Lösung die Insel in ein Zentrum für Stabilität im östlichen Mittelmeer verwandeln.

In einem Artikel des Magazins The Economist über den möglichen Erfolg einer Wiedervereinigung der Insel kam der Autor zu dem Schluss, dass die Zyprioten am allermeisten von einer Lösung profitieren würden. Die ganze Region würde jedoch von einer Lösung positive Impulse erhalten. So könne eine Lösung das angespannte Verhältnis zwischen der EU und der Türkei verbessern und Gas- und möglicherweise vorhandenen Ölvorkommen in zypriotischen Hoheitsgewässern genutzt werden, da die Türkei ein wiedervereinigtes Zypern anerkennen werde. Letztendlich werde sich auch die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO verbessern und die Serie schlechter Nachrichten einer von Krisen gerüttelten EU unterbrechen.

2. Gasvorkommen

Am 27. Januar erklärte Energieminister Giorgos Lakkotrypis, dass eine Lösung der Zypernfrage für die Regierung nie eine Grundvoraussetzung gewesen sei, wenn es darum gegangen sei, die

Energiepläne voranzutreiben, wie man bei allen bisherigen Entscheidungen erkennen könne. Die Verhandlungen für die dritte Lizenzvergabe-runde zur Öl- und Gasexploration innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone Zypern würden vorangetrieben. Des Weiteren werde Total in diesem Jahr mit den Bohrarbeiten im Block 11 beginnen.

Laut der Tageszeitung Politis plane Total jedoch, die Bohrungen an der Onisiforos-Quelle im Block 11 von April auf Juni zu verschieben. Dies werde damit begründet, dass es noch nicht sicher sei, wo Totals Versorgungsbasis an Land sein werde. Als das Unternehmen 2016 die Entscheidung traf, im April 2017 mit den Bohrungen zu beginnen, wurden die Pläne zeitweise in Frage gestellt, da nicht geklärt werden konnte, welche Firma vom Hafen in Limassol aus die logistische Basis für Total zur Verfügung stellen werde. Dieser Streitpunkt konnte im Dezember 2016 mit einer Vereinbarung zwischen Total und dem Öl- und Gasdienstleister EDT, einem marinen Dienstleistungskonsortium im Hafen von Limassol, gelöst werden, resultierte aber in einer zweimonatigen Verschiebung der Arbeiten. Es ist immer noch nicht sicher, ob das Energieunternehmen die Anlagen im Hafen von Limassol bis Ende 2018 und danach nutzen kann.

Laut einer von EDISON durchgeführten Studie ist die EastMed-Pipeline mit geschätzten Kosten von 6 Milliarden Euro sowohl wirtschaftlich wie auch technisch machbar. Die Machbarkeitsstudie wurde dem Generaldirektor für Energie und den Generaldirektoren der zypriotischen, griechischen, israelischen und italienischen Ener-

gieministerien am 25. Januar in Brüssel vorgestellt. Laut der Präsentation liegt der Ausgangspunkt der EastMed-Pipeline, welche zypriotisches und israelisches Gas transportieren soll, bei den Lagerstätten in der Levante und soll im Meer nach Zypern geleitet und dort mit einer Kompressionsanlage verbunden werden. Von dort aus werde die Pipeline zu einer Kompressionsanlage in Kreta und dann auf die Halbinsel Peloponnes und weiter an die italienische Grenze geleitet und dort mit der IGI-Pipeline (Italien-Griechenland-Verbindung) verbunden werden. Eine weitere Studie des Projektträgers IGI Poseidon kam Anfang Dezember zum gleichen Ergebnis.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 19. Januar wurden die Aktien der Bank of Cyprus an der Londoner Börse lanciert, nachdem die Bank von der Athener Börse genommen wurde, um auf dem Londoner Markt gehandelt zu werden. Laut des CEO der Bank of Cyprus, John Hourican, sei die Londoner Notierung ein Vertrauensvotum für die Londoner Börse trotz des bevorstehenden Brexit.

Laut des statistischen Dienstes erhöhte sich die Zahl der Touristen im Jahr 2016 um 20%, wobei die Zunahme aus den wichtigsten Märkten im zweistelligen Bereich lag. Die Zahl der britischen Touristen, Zyperns wichtigstem Markt, nahm um 11% zu und lag 2016 bei 1.157.978. Dies war die höchste Zahl seit dem Jahr 2008. Die Anzahl

der Touristen aus Russland, das sich in den letzten Jahren zu Zyperns zweitgrößtem Markt entwickelt hat, nahm 2016 um 49% zu und lag damit bei 781.634. Die Zahl der ankommenden Touristen aus Griechenland, Israel und Deutschland wuchs bedeutend, mit Werten von jeweils 15% (insgesamt: 160.254), 51% (148.739) und 11% (124.030). Dies lässt sich auf eine Reihe von Faktoren zurückführen, u.a. auf geopolitische Spannungen in der Region und bessere Flugverbindungen auch im Dezember, was eine Erhöhung um 12% auf 87.927 im Vergleich zum Vorjahresmonat zur Folge hatte.

Laut dem am 11. Januar veröffentlichten Geschäftsbericht der zypriotischen Zentralbank habe sich die Liquidität der zypriotischen Banken aufgrund des Wirtschaftswachstums in den letzten beiden Jahren verbessert, sei aber immer noch Risiken ausgesetzt, die vor allem auf den immer noch großen Umfang der notleidenden Kredite, welche die Hälfte aller Kredite ausmachten, zurückzuführen sei. Andere Gründe für die mögliche finanzielle Instabilität lägen in der Überschuldung des privaten Sektors, was sowohl Kapitalgesellschaften, die nicht im Finanzsektor tätig sind, als auch Haushalte umfasse, und das anhaltend niedrige Zinsniveau, welches die Profitabilität für Banken und Versicherungsunternehmen senke. Andere Herausforderungen seien der begrenzte Umfang neu vergebener Kredite für die Wirtschaft, die hohe Arbeitslosenrate, die sich auch vier Jahre nach der Bankenkrise 2013 immer noch im zweistelligen Bereich bewege sowie geopolitische Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU.

Laut Eurostat nahm die Arbeitslosenrate in Zypern von November auf Dezember um 0,1% zu und lag damit bei 14,3%. Im Dezember des Vorjahres lag die Arbeitslosigkeit noch bei 13,1%. Die Jugendarbeitslosigkeit war im Dezember mit 38,2% immer noch sehr hoch. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Dezember 2016 bei 62.000 im Vergleich zu 54.000 im Vorjahresmonat. Im November 2016 verzeichnete Zypern die dritthöchste Arbeitslosenquote innerhalb der EU nach Griechenland und Spanien.

Innenpolitische Entwicklungen

Vier der fünf in der Zypernfrage als Hardliner geltenden Parteien kritisierten das Vorgehen des Präsidenten bei den Genfer Gesprächen und nahmen am 12. Januar nicht an einem Empfang im Rahmen der Zypern-Konferenz teil. Die fünfte Partei, die Bürgerallianz von Giorgos Lillikas, gab bekannt, dass sie den Präsidenten trotz des bestehenden Dissenses begleiten wollten. Die vier anderen Parteien DIKO, EDEK, Solidarbewegung und die Grünen gaben an, dass die Zusage des Präsidenten hinsichtlich der türkischen Forderung nach einer Fünfparteienkonferenz eine seit langem bestehende Entscheidung zur Teilnahme der Republik Zypern aufgehoben habe, wonach der Status des abtrünnigen Staates nicht aufgewertet werden solle. In einer gemeinsam verfassten schriftlichen Erklärung betonten sie auch, dass sie Anastasiades zusätzliche Bedingungen für eine internationale Konferenz gestellt hätten. Diese beinhalteten eine Vereinbarung über die Gebietsanpassungen und die Vorlage einer Karte, sowie eine Vereinbarung oder vorläufige

Vereinbarung über alle anderen innenpolitischen Aspekte des Zypernproblems. Die Hardliner behaupteten, dass die Republik Zypern nicht zu der Konferenz eingeladen worden sei, während durch die Teilnahme des türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreeters Mustafa Akinci die „TRNZ“¹ aufgewertet worden sei. Eine Vereinbarung über die innenpolitischen Aspekte der Zypernfrage sei jedoch nicht in Reichweite, während sich die Unnachgiebigkeit auf Seiten der Türkei mit der inakzeptablen Forderung nach einer rotierenden Präsidentschaft verstärkte. Außerdem gebe es die Gefahr, dass alle noch ausstehenden Fragen mit den Themen Sicherheit und Garantien verbunden würden. Die Konferenz solle sich jedoch nur auf diese zwei Themen konzentrieren.

Arbeitsbedingungen und Gewerkschaften

Die Gewerkschaften und die Regierung konnten eine Rahmenvereinbarung für die Angestellten des halbstaatlichen Bereichs abschließen, wonach eine Deckelung bei der automatischen Gehaltsanpassung an die Zunahme des BIP eingeführt wird. Demnächst werden die Verhandlungen zur Erneuerung der Tarifverträge in die-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

sem Sektor aufgenommen und die Gewerkschaften wollen ihr Augenmerk besonders auf die Niedrigverdiener richten. Die Rahmenvereinbarung und neuen Tarifabschlüsse sollen für die Zeit von 2015 bis 2018 gelten, nachdem die Regierung es versäumt hatte, eine Deckelung mit Hilfe einer gesetzlichen Regelung dauerhaft und automatisch einzuführen.

Die Gewerkschaft PEO nahm 2016 6.500 neue Mitglieder auf. Mit Hinblick auf die allgemeine Krankenversicherung veröffentlichte PEO eine Erklärung, in welcher sie ihre Position wiederholte, wonach die Forderung der Arbeitgeber nach einer Änderung des zuvor vereinbarten Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteils eine Provokation sei. Dies gelte vor allem in einer Situation, in welcher die soziale Ungleichheit zunehme und sich die Bedingungen für Lohnarbeiter und andere gefährdete Gruppen verschlechterten.

Der allgemeine Gewerkschaftsverband, welcher aus den wichtigsten griechisch- und türkisch-zypriotischen Gewerkschaften besteht, hielt am 9. Januar eine Versammlung ab, auf welcher die Forderungen nach einem vereinten System der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen sowie einem vereinten Sozialversicherungs- und Lohnfindungssystem, Freizügigkeit innerhalb Zyperns, Ablehnung von Diskriminierung und die Einführung eines Bildungssystems, welches ein Klima der Toleranz, friedlicher Koexistenz und gegenseitigem Respekt fördere, wiederholt wurde.

Die Gespräche hinsichtlich der automatischen Anpassung der Einkommen an die Inflationsrate

gehen weiter. Der Arbeitgeberverband, welcher in der Vergangenheit für die Abschaffung der automatischen Anpassung war, fordert nun, dass eine Wiederaufnahme der Anpassung, die während der Wirtschaftskrise unterbrochen worden war, mit Gehaltskürzungen einhergehen müsse, da derzeit eine Deflation zu verzeichnen sei. Die Gewerkschaften konterten, dass die Arbeitnehmer als Ergebnis der Krise bereits riesige Einschnitte bei ihrem Einkommen verkraften mussten und dass eine Wiederaufnahme der Anpassung vorgenommen werden müsse. Der Arbeitsminister warnte die Arbeitgeber vor einseitigen Schritten, so lange die Gespräche noch andauerten, woraufhin die Arbeitgeber davon absahen, weitere Einkommenskürzungen vorzunehmen. Im öffentlichen Dienst wurde die automatische Anpassung während der Krise halbiert, nun aber wie oben erwähnt wieder aufgehoben.

Die halbstaatliche Behörde für die Entwicklung von Humanressourcen in Zypern gab die Fortführung von drei laufenden Programmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bekannt und kündigten eine Reihe neuer Programme an, die vor allem auf die Weiterbildung von Arbeitnehmern ausgerichtet sind.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im Vorfeld der von der Ratingagentur Fitch Ende Januar angekündigten Abwertung türkischer Staatsanleihen auf Ramschniveau verlor

die Türkische Lira (TL) weiterhin an Wert gegenüber den wichtigsten internationalen Währungen. Die TL lag zeitweise bei 4,12 gegenüber einem Euro, konnte sich aber wieder etwas erholen und ihr Wert ging auf unter 4 zurück. Aufgrund dieser Entwicklung schießen die Preise für Energie und eingeführte Waren in die Höhe und belasten somit die privaten Haushalte. Gleichzeitig werden Mietpreise und Schulgebühren für die meisten türkischen Zyprioten in ausländischer Währung berechnet, während die Einkommen in TL bezahlt werden. Dies betrifft auch diejenigen, die Kredite in ausländischer Währung aufgenommen haben.

Die Stadtverwaltung von Kyrenia hat ihre Wasserpreise um 50% erhöht, um die steigenden Kosten zu decken, welche durch die Wasserlieferungen mit Hilfe einer Unterwasserpipeline aus der Türkei entstehen. Private Verbraucher mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 15 Tonnen monatlich müssen nun insgesamt 86TL bezahlen im Vergleich zu bisher 57TL. Obwohl, wie die türkisch-zypriotische Tageszeitung Cyprus Today berichtete, die jährliche Inflationsrate nach öffentlichen Angaben bei rund 10% liege.

Während eines Fernsehprogramms erklärte der Minister für Arbeit und Soziales, Ersan Saner, dass es im Norden 12.500 Arbeitslose gebe. Dies widerspricht den neuesten offiziellen Zahlen vom März 2016 für das Jahr 2015, wonach 9.043 Menschen ohne Arbeit waren, was einer Arbeitslosenquote von 7,4% entspricht. Im Vergleich zu 2014 verbesserte sich die Lage, da die Arbeitslosenquote in diesem Jahr bei 8,3% lag. Die Jugendarbeitslosigkeit lag

diesen Angaben zufolge 2015 bei 19,6% und 2014 bei 20,3%.

Nach Angaben der staatlichen Planungsbehörde lag das reale BIP-Wachstum 2015 bei 4%.

Beziehungen mit der Türkei

Während einer Konferenz zum Thema Zypern sagte der türkische stellvertretende Premierminister für Zypern, Tugrul Turkes, dass Behauptungen, wonach sich die Türkei nur für die auf der Insel lebenden Türken interessiere, nicht der Wahrheit entsprächen. Selbst wenn keine Türken auf der Insel lebten, gäbe es für die Türkei immer noch ein Zypernproblem. Die Türkei könne Zypern nicht aufgeben.

Das Parlament bestätigte einen Gesetzesentwurf über ein Kooperationsabkommen zwischen der Türkei und der TRNZ im Energiebereich. Die kleinste Oppositionspartei TDP (Sozialdemokratische Partei) stimmte dagegen, während die CTP für den Entwurf stimmte und somit die Regierungskoalition und die Parteilosen unterstützte. Energie- und Wirtschaftsminister Sunat Atun sagte, dass die Versorgung der Bevölkerung mit kostengünstiger, nachhaltiger und umweltfreundlicher Energie das wichtigste Anliegen sei. Man werde Teil des türkischen Energienetzes werden. Die Entscheidung des Parteivorstandes der CTP für Gesetzesentwurf zu stimmen, hatte zwei Rücktritte zur Folge. Nach der Abstimmung im Parlament traten der Abgeordnete für Nikosia, Dogus Derya, und Hasan Altiook vom Parteivorstand zurück.

Nach einem Treffen mit dem türkischen Premierminister und dem türkischen Präsidenten, berichtete der türkisch-zypriotische Premierminister Özgürgün, über die Umsetzung wirtschaftlicher und finanzieller Vereinbarungen. Die Türkei habe der TRNZ ihre Unterstützung zugesagt. Bei der Umsetzung der Vereinbarung werde es keine Probleme geben. Laut Medienberichten kritisiere Ankara jedoch die langsame Umsetzung der vereinbarten Schritte.

Der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei, CTP, Tufan Erhürman, nahm an mehreren Treffen in Ankara teil und wurde von dem türkischen Premierminister Binali Yildirim empfangen. Der türkische stellvertretende Premierminister für Zypern, Tugrul Türkes, nahm ebenfalls an dem Treffen teil. Erhürman traf sich ebenfalls mit dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu und dem Vorsitzenden der CHP, Kemal Kilicdaroglu.

Im Rahmen der laufenden Untersuchungen gegen nach Meinung der türkischen Regierung terroristische Ziele verfolgende Organisation Fethullah (FETO) wurden 11 türkische Armeeoffiziere festgenommen und nach Ankara überstellt. Darunter waren drei Oberste, ein Oberstleutnant, ein Major, zwei Hauptmänner, zwei Leutnants und zwei Unteroffiziere.

Innenpolitische Entwicklungen

Premierminister Huseyin Ozgurgun kritisierte Akincis Vorgehen während der Genfer Gespräche und bezeichnete die Vorlage einer Karte mit Gebietsanpassungen als einen strategischen Fehler. In einer schriftlichen Antwort auf die

Kritik betonte Akinci am 29. Januar, dass es nur dann eine Lösung geben könne, wenn die türkischen Zyprioten ihre politische Gleichheit wiedererlangten, die ihnen 1963 von den griechischen Zyprioten genommen worden sei. Dies sei nur innerhalb eines föderalen Rahmens möglich und durch die Rückgabe von Gebieten, welche die griechischen Zyprioten als ein Ergebnis des Krieges von 1974 verloren hätten. Letztendlich müsse die Bevölkerung entscheiden, ob sie in einem Gebiet leben wollten, das eine größere Fläche habe, aber vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verklagt werden könne oder an einem sicheren Ort, der durch internationales Recht geschützt sei. Akinci fügte hinzu, dass jene Menschen, welche ihr Haus verlassen müssten, ein neues Haus und Arbeitsmöglichkeiten angeboten würden. Niemand müsse ohne diese Vorkehrungen gehen.

Der stellvertretende Premierminister Serdar Denktasch hielt eine Rede vor dem Ankara Forum. Darin sagte er, dass er häufig höre, dass die TRNZ die 82. Provinz der Türkei werden solle. 1974 hätten wahrscheinlich 98,8% der türkischen Zyprioten diesem Vorschlag zugestimmt. Heutzutage stehe dies jedoch außer Frage. Er sei ein Politiker, der die Unabhängigkeit seines Staates, der TRNZ, unterstütze. Weder in der Vergangenheit noch heute wolle er, dass die TRNZ ein Anhängsel der griechisch-zypriotischen Seite werde. Ebenso falsch sei es, den Staat aufzulösen und in die Türkei einzugliedern. In einem vor kurzem erschienenen Zeitungsartikel wurde über eine kurz bevorstehende Annexion des Nordens Zyperns durch die Türkei spekuliert, was Diskussionen und Ängste auf Seiten der türkischen Zyprioten hervorrief.

Nach Angaben des in Istanbul ansässigen Meinungsforschungsinstitut Gezici gaben 38% der Befragten an, dass sie, falls es Neuwahlen gebe, für die HP stimmen würden. Die HP wurde vor einem Jahr von dem vorherigen Verhandlungsführer Kudret Özersay gegründet. Die größere Partei in der Regierungskoalition, die National Unity Party (UBP), lag mit 26,7% an zweiter Stelle, während die stärkste Oppositionspartei CTP mit 19,6% Dritter war. Der kleinere Koalitionspartner, die Democratic Party, würde die größten Einbußen verzeichnen, nur 5,5% der Stimmen erhalten und somit knapp die Fünfprozenthürde nehmen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

In einem Fernsehprogramm gab der Minister für Arbeit und Soziales, Ersan Saner, zu, dass man, seiner Meinung nach, falls es zu einer Generalkontrolle käme, alle Baustellen im Land schließen müsste. Es gebe keine Behörde, welche die Kontrolle durchführe, um sicherzustellen, dass alle Arbeiten ordentlich durchgeführt würden. Des Weiteren gebe es „gesetzliche Lücken“, die es den Opfern von Arbeitsunfällen unmöglich machten, vor Gericht zu klagen. Er forderte eine Begutachtung der Situation. Wenn man die Lage nicht selbstkritisch betrachte, könne man auch keine Schritte in die richtige Richtung machen.

Das Wachpersonal des Zentralgefängnisses in Nikosia streikte, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie in Lebensgefahr seien, da die Anzahl der Insassen bei Weitem größer sei als die der Wachmänner. Auslöser des Streiks war

die Beobachtung zweier Wachmänner, dass sie alleine für 435 Insassen zuständig waren.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales gab bekannt, dass 5.248 Arbeiter und 237 Unternehmen, die sich illegal im Norden aufhalten und arbeiten, von einer Amnestie für in der TRNZ lebende und arbeitende Ausländer der Regierung profitierten.

Der türkisch-zypriotische Ärzteverband (Tip-Is) warnte, dass es wegen des bestehenden Personalmangels zu Streikaktionen kommen könne. Sehr bald seien Patienten in Gefahr, nicht mehr hinreichend behandelt werden zu können, was für einige überlebenswichtig sei, sagte der Präsident des Ärzteverbandes, Sila Usar-Incirli. Es gebe im Intensivbereich Personalmangel, Behandlungsverzögerungen bei Unfällen und Schlangen an der Notaufnahme der Polikliniken sowie Wartelisten für medizinische Untersuchungen und Operationen. Laut Dr. Usar-Incirli würden einige Fachärzte aufgrund der Sparmaßnahmen nur zwischen 3.000 und 4.000 TL (750–1.000 Euro) pro Monat verdienen. Viele Fachärzte suchten nach Arbeit im Ausland. 20 Ärzte hätten bereits gekündigt und zwei Kardiologen der verbleibenden 165 staatlich angestellten Ärzte würden demnächst kündigen. Dieses Land braucht Ärzte, appellierte Dr. Usar-Incirli.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Februar 2017

Freitag 24.02.2017 16:00 - 20:00

Samstag 25.02.2017 9:00 – 17:00

POST RI/FES

Konferenz

Conference on the Education for a Culture of Peace

Home for Cooperation, CCMC, Goethe Institut,
UN Pufferzone, Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung



März 2017

Freitag 24.03.2017 14:00 - 18:00

Samstag 25.03.2017 9:00 – 16:00

Institut für Interdisziplinäre Zypern-Studien
(Universität Münster)/FES

Konferenz

When the Cemetery becomes Political – Dealing with the Religious Heritage in Multi-Ethnic Regions: Cyprus, Lebanon, the Balkans ...

Institut für Interdisziplinäre Zypernstudien
(Universität Münster), Münster, Deutschland
Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com